

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Zwischenstaatliches mit der tägl. Unterhaltungszeitung Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig. M. 2.75, unter Kreisband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 26261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25241. Geschäftsstunde von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gesetzliche Postkarte mit 20 Pf. berechnet, bei besonderer Werbung wird Rabatt gewährt. Sonderanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramme: Adressat: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 13.

Dresden, Dienstag den 18. Januar 1916.

27. Jahrg.

Der erste Friedensschluß.

Budapest, 17. Januar. Im Abgeordnetenhaus erhab sich nach der Annahme eines Paragraphen der Vorlage betreffend die Finanzcentrale Ministerpräsident Graf Tisza und sagte: Ich bitte um die Erlaubnis, die Verhandlung auf einen Augenblick mit der Mitteilung unterbrechen zu dürfen, daß der König und die Regierung von Montenegro um die Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten haben. (Große Bewegung.) Als Antwort darauf haben wir als Bedingung von Friedensverhandlungen die unbedingte Waffenstille verlangt. (Applaus.) Eben jetzt erhalten ich die Nachricht, daß Montenegro die unbedingte Waffenstille erlassen hat. (Lang anhaltender Beifall. Applaus im ganzen Hause.) Infolgedessen werden noch Durchführung der Kapitulation die Friedensverhandlungen beginnen können. (Applaus.) Nun die Bedeutung dieses Ereignisses zu überschauen, glaube ich dasselbe jedenfalls als wichtiges und erfreuliches Ereignis bezeichnen zu können, in dem die Monarchie und die ungarische Nation die erste Freiheit ihres bisherigen Auszahns und ihres Heldentums erntet. (Lang anhaltender Beifall. Applaus im ganzen Hause.) Die Sitzung wurde auf fünf Minuten unterbrochen.

Militärisch sprachwörtlich gewordene Ruhigkeit hat sich jedoch auch in diesem Weltkriege bewährt. Als vor einer Woche die Nachricht eintraf, daß der Löwen und damit eins der stärksten Volkswerte Montenegros eroberzt sei, war es klar, daß das die Niederwerfung Montenegros bedeutete. Abgeschnitten von allen Verproviantierungsmöglichkeiten, von Munitionsvorrang und italienischer Hilfe, in den Bergen des Landes ein bandenmäßig kämpfendes Heer mit mangelhafter artilleristischer Bewaffnung und eingeschlossen vor dem methodisch gähnendringenden Gegner — was war unter solchen Umständen für Montenegro 35000 Streiter und 50000 Einwohner zu retten? Das Land konnte nur noch das Schicksal Serbiens teilen.

Militärisch hat also die Taube mit dem Oelszeige im rechten Augenblick ausspielen lassen. Man weiß nicht, ob es im Einverständnis mit Italien gelahnt. Gewußt hat man darüber der Adria von den Absichten Militärs bestimmt. Eine Tochter Militärs sitzt auf italienischem Thron; Prinz Mirko, sein Sohn, weilt seit einigen Tagen in Rom. Wahrscheinlich ist ihm dort die Weisheit geworden, daß sich der Vierverband zur Kriegsfestigung aufzustande sieht und darum sogen in diesem Augenblick österreichisch-ungarische und montenegrinische Verbündete beizutreten, um die einzelnen Friedensbestimmungen festzustellen. Das ist ein wichtiges, weithin ragendes Symbol.

Ohne die Bedeutung dieses Ereignisses zu überschauen, glaube ich dasselbe jedenfalls als wichtiges und erfreuliches Ereignis bezeichnen zu können", sagte Tisza im Abgeordnetenhaus. Wichtig ist das Ereignis, weil hierin zum ersten Male seit Ausbruch des Weltkrieges ein Land und eine Regierung bestimmt, daß es nichts vor der Hölle seiner Bundesgenossen, sondern mehr von einem Sonderfrieden mit dem Gegner erwartet. Es liegt in diesem Verhältnis eine ebenso starke Anerkennung der bisherigen militärischen Entscheidungen und Kraftentfaltung der Mittelmächte, wie seinerzeit im Anschluß Bulgariens an dieselben Mächte.

Vor kaum einer Woche wurde an eine montenegrinische offizielle „Rundgebung an Heer und Volk“ erinnert, in der Militärs bei Ausbruch des Krieges auf seine gewaltigen Verbündeten und auf den gewaltigen Schutzherrn, den russischen Zaren, vertraut. Diese Verbündeten sind es, deren Aufsehen im der montenegrinischen Kapitulation unterliegt, und Russland erleidet dabei einen Schlag, der es mindestens so tiefen wird, wie im Sommer vorigen Jahres der Fall der polnischen Festungskette und wie die Niederwerfung Serbiens, noch ehe das Jahr zu Ende ging. Ist doch Montenegro seit dem Schluß des türkisch-russischen Krieges im Berliner Kongreß eigentlich nichts gewesen wie ein russisches Ausfallstor an der Adria. Jährlich gingen nach Montenegro regelmäßige Unterstützungen an Geld und Nahrungsmitteln, für die man dem großen Jaren in Petersburg durch unveränderliche Befallentreue dankte. Serbien und Montenegro dachte sich der Panzerismus als Ausfallstore gegen Österreich. Die Gewalt der Waffen hat die Schlüsse dieser Tore mit einigen Schlägen in die Hand der Zentralmächte hinübergeworfen, und durch das Friedenserlichen der Regierung, die vor einigen Tagen von Cetinje nach Bobotica flüchtete, wird diese Entscheidung auch den gegnerischen Mächten deutlich werden, denen bisher eine brennende Presse die wahren Leistungsvermögen verheimlichte. Man weiß noch nicht,

Gestige Luftkämpfe im Westen — Censur und Belagerungszustand im Reichstage — Eine neue Partei

(W. L. B.) Amlich. Großes Hauptquartier, Dienstag 18. Januar 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Allgemein war die Feuerkraft an der Front bei meist klarem Wetter gesteigert. Zens wurde wiederum lebhaft beschossen.

Zwei englische Flugzeuge unterlagen bei Pochendorf und Dobitzel (Brandenburg) im Luftkampf. Von den vier Jägern sind drei tot. Ein französisches Flugzeug wurde bei

Medenowitsch (Mogenovic) von einem unserer Flieger abgeschossen. Führer und Beobachter sind gefangen genommen.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Bei Duenhof (südlich von Riga) und südlich von Libys gelang es den Russen unter dem Schutz der Dunkelheit und des Schneesturms vorgesetzte kleine deutsche Positionen zu überfallen und zu zerstreuen.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Richts Neues. Oberste Heeresleitung.

Censur, Belagerungszustand und Reichstagsvertragung.

Berlin, 18. Januar. (Privattelegramm der Dresdner Volkszeitung.) Im Reichstage begann heute die Debatte über die Censur und über den sozialdemokratischen Antrag der Belagerungszustand aufzuführen. Sohn stimmte der Reichstag der Vertragung bis 15. März zu, nachdem Abgeordneter Scheidemann wie auch eine Anzahl bürgerlicher Abgeordneter darauf hingewiesen hatten, daß es völlig ausgeschlossen sei, wenn der Reichstag so spät zusammenträte, den Staat mit den neuen Gewalten rechtzeitig zu verabschieden. Staatssekretär Helfferich hielt dem entgegen, daß die Steuerabstimmung auf keinen Fall eher fertiggestellt werden könne.

Abgeordneter Dittmann übt scharfe Kritik an den Bürgern, wie sie sich unter der Censur herausgebildet haben. Abgeordneter Hirschfeld, der scharfe Kritik an der Censur übt, hält den sozialdemokratischen Antrag für unannehmbar und empfiehlt namens seiner Partei, die Censur schärfer gesetzlich zu regeln.

Eine neue Partei im Reichstage.

Berlin, 18. Januar. (Privattelegramm der Dresdner Volkszeitung.) Eine neue Partei hat sich heute im Reichstag gebildet. Sie führt den Namen Deutsche Partei und besteht aus Freikonservativen, Grüßen, Welsen und Antisemiten. Der Zweck der neuen Partei, die bereits 28 Mitglieder zählt, ist, für ihre Mitglieder eine Vertretung in den Kommissionen des Reichstags zu ermöglichen. Vorsitzender der neuen Partei ist der Abgeordnete Freiherr v. Gamm.

welche Wirkungen dieser erste Friedensschluß in dem westlichen Schutzwald Montenegros, in Italien, haben wird: es können Wirkungen von weittragender Bedeutung werden, denn auch das herrenlose albanische Land, in dem die Italiener gegenwärtig ihren Sitzpunkt rings um Valona mit etwa 30000 Mann zu befestigen und zu erweitern trachten, liegt für den ungehinderten Vormarsch des Siegers offen.

Während es also im Lände der Apenninen zu einem bedeutsamen Umlauf der Volksstimme kommen kann, muß die Friedensnotizie den noch neutralen Ländern des Balkans, Rumäniens und Griechenlands, die Zug der Latzarden mit handgreiflicher Wucht einhämtern. Namentlich in Athen, wo Frankreich und England nach dem Muster der Saloniker Landung einen neuen Gewaltmarsch zu planen scheinen, wo sich der König vor den gebundenen Agenten Benizelos nicht mehr sicher fühlt, werden die schwankenden herrschenden Kreise gewiß sein, die Neutralität unter allen Umständen aufrecht zu erhalten — sofern nicht gar die nunmehr zur Entscheidung gestellte albanische Frage den Gegensatz zwischen Italien und Griechenland unheilbar machen wird. Doch ob man in Italien und anderen Vierverbändsländern die Lehren der bisherigen Entscheidungen rasch begreifen wird oder nicht, ob die Würfel auf dem Balkan weiterhin so oder so rollen, in jedem Falle ist Montenegros Kapitulation immerhin ein Anfang des Friedens, ein erster Schritt zur Beendigung des furchtbaren Ringens an einer Stelle des Kriegsschauplatzes.

Die Nachricht im Reichstage.

Berlin, 17. Januar. Während der Verhandlung im Reichstage gab Präsident Dr. Raetzke heute nachmittag dem Hause die Wiedergabe des Württembergischen Telegraphenbüros von der Kapitulation Montenegros bekannt. Das Haus unterbrach den Präsidenten wiederholt mit brausendem Beifall. Am Schluß erhob ein halbes Hundertstel im Hause und auf den Tribünen.

Die Kapitulationsbedingungen für Montenegro.

Wien, 18. Januar. Die Neue Freie Presse meldet aus authentischer Quelle über die Verhandlungen mit Montenegro: Am 18. Januar erschienen bei unseren Vorposten zwei montenegrinische Minister und ein Major der Artillerie und sprachen den Wunsch aus, in Kapitulationsverhandlungen einzutreten. Dieser Wunsch wurde an die kompetente Stelle weitergegeben. Es erfolgte der sofortige Bescheid, die erste Voraussetzung für die Einleitung und Weiterführung der Verhandlungen sei die bedingungslose Waffenstille durch montenegrinische Armeen. Beide Minister blieben in Cetinje. Der weitere Verlauf mit ihnen erfolgte durch Mittelpersonen. Unter den Waffen, die Montenegro überlegen muss, werden alle modernen Artilleriewaffen im Sinne des europäischen Heeresbedarfes und auch jede Waffe und Erbsünde, die jeder männliche Montenegriner trägt, verstanden. Die weiblichen Montenegriner werden in größeren Truppen zusammengetragen und die Waffen buschstädtisch niedergelegt. Die Kontrolle für die Waffenstille wird durchzuführen, daß unsere Truppen eine strategische Waldsperre bilden werden, so daß ganz Montenegro als ein großer Wald aufgeht und nach seiner ganzen Breite abgängen wird, damit sich nach irgendwo wandern und ein Guerrillakrieg auf eigene Faust fortsetzen wird. Sobald wird die männliche wehrfähige Bevölkerung in bestimmte Gegenden vertrieben, was wahrscheinlich bis in das hohe Kreisenalter notwendig sein wird. Die montenegrinischen Frauen haben sowohl als Kompanionen wie im ganzen Gruppenamt am Kriege teilgenommen. Allerdings stellte König Nikola schon seit längerer Zeit die Auszehrung der Söhne ein, worauf viele Frauen in die Heimat zurückkehrten, wohin ihnen auf zeitweiligen Urlaub die Familienräder folgten, um den Unterhalt ihrer Familien wenigstens für einige Zeit sicherzustellen. Die Frauen werden ausnahmslos in den eingelassenen Ortschaften bleiben. Zur bedingungslosen Waffenstille gehört auch die Übergabe sämtlicher Städte und Ortschaften und die Übergabe aller Verkehrsmittel, namentlich der Eisenbahnen.

Freudiges Echo in der Presse.

Berlin, 18. Januar. Im Einlaß mit der Wirkung der Bekanntmachung der Waffenstille über das Zustimmen des ersten Sonderfriedens im Reichstage und im Bandtage begrüßten die Montenegriner Montenegro bedingungslose Unterwerfung. Der Montanzeiger sagt: Mit Genugtuung begrüßen wir diesen ersten Vorboten des endgültigen Sieges. Dieses war der erste Schritt. Ob und wann ihm weitere folgen werden, kann man heute noch nicht wissen, aber von ganzem Herzen wollen wir unseren tapferen Bundesbrüdern in Österreich-Ungarn zu diesem großen politischen Erfolg Glück wünschen. Wir können nun mehr als bisher, der weiteren Entwicklung der Dinge mit gesetztem Interesse entgegensehen. — Im Berliner Tageblatt heißt es: Die Tragweite der Kapitulation Montenegros geht weit über den Rahmen ihres unmittelbaren militärischen Zusammenhangs hinaus; denn sie bedeutet für alle Welt sichtbar die allgemeine kriegspolitische Situation. Einer der Alliierten hat die Tatsache anerkannt, daß die Mittelmächte die Südländer sind und daß ihnen die Kraft innerwohnt, den Krieg zu sprengen und zu überwinden, der sie erdrücken und ersticken will. Die erste Freiheit ist gelegt. Wir können in ruhiger Sicherheit des weiteren harren. — Die Hof. Zeit. schreibt: Mag auch Montenegro nicht über viel Truppen mehr verfügen haben, so ist doch sein erzwungenes Auscheiden aus dem Kampfe ein Segen vom überdrückenden moralischen Wohl für den Vierverband wie für solche Nationen, die mit ihm liebgewonnen. Die Stadt Österreich an der Ostküste der Adria erstreckt sich nunmehr bis Durazzo.

In einem Berliner Telegramm der Württembergischen Zeitung heißt es: In dieser bedingungslosen Waffenstille steht Montenegro und seine Regierung offenbarlich für die Einheit, die den größten Gefallen Englands, Frankreichs und Russlands nach fehlt: daß es zweifellos und höchstlich ist, sich angefangen der unübersehbaren Kraft der Mittelmächte weiter für die englisch-französischen Interessen und den Wachstum des Ruhrlands zu opfern. Wie Englands Befreiungen in Belgien, so muß Englands Preis in Serbien und Montenegro möglichst gehalten. Röhrige sind bereit, ihn nach dem Willen des Siegers einzunehmen, und Ruhrlands und Englands Werk muß es ebenso anstreben lassen wie die gebundene Kraft Frankreichs.

Die Wahlrechtsfrage im Dreiklassenhaus.

Im preußischen Landtag kam es am Montag zu einer Debatte über das preußische Wahlrecht, in deren Verlauf auch der preußische Minister des Innern, Herr von Voebell, das Wort ergriff. Herr von Voebell führte aus:

In den Aufgaben, die die Regierung für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht genommen hat, gehört eine Aenderung der für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Jetzt kann eine endgültige Lösung dieser Frage nicht erfolgen. Den Gedanken, daß die Erfüllung der Frage etwas wie ein politisches Entgelt für patriotische Pflichterfüllung sei, wäre ich ganz entschieden zurück. Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterlande trägt ihren Lohn in der Befriedigung des eigenen Pflichtbewußtseins, politische Belohnungen für Vaterlandstreue gibt es nicht. Die Regierung erkennt vielmehr, daß die Zensur feindseligem Vertrauen und Verleumdung, der sie im Kriege so füglich bewußt hat, die Sicherheiten, die die politischen Ausschauzonen für das Wellingen des wichtigsten geschäftigeren Werkes sind. Die Regierung sieht in der in der jetzigen ersten Zeit gewonnenen Einmütigkeit der Parteien einen zu hoffnenden Gewinn, als daß sie nicht alles tun wird, um zu erhalten; deshalb ist sie entschlossen, wenn die Waffen ruhen, Preußen und Deutschland von dieser umstrittenen Frage dauernd zu entloosen. (Von Bräutigam.) Die Regierung hofft, daß sie dann alle Parteien an ihrer Seite finden wird. Nach dem Kriege wird dem Hause eine Vorlage unterbreitet werden, bis dahin muß diese Frage vom politischen Leben ferngehalten werden. Jetzt haben wir nichts als Kriegsbedarf an. Aber wenn die Siegesglühen verholt sind, ist es Zeit, an unsere innerpolitischen Sorgen heranzugehen. Das sind Sorgen nicht zur nationalen Art werden, ist für die Regierung auch ein Kriegsziel. (Beifall.)

Wir stimmen mit Herrn von Voebell insofern überein, als auch nach unserer Meinung die Wahlrechtsreform nicht als ein Entgelt für unser Verhalten während des Krieges eingesehen werden darf. Was wir während des Krieges getan haben, haben wir im Interesse des deutschen Volkes getan, nicht um irgendwelche innerpolitischen Vorteile zu erzielen. Wir verlangen heute eine Änderung des Wahlrechts aus den gleichen Gründen, die wir früher geltend gemacht, wir halten einen Zustand für unerträglich, bei dem die übergroße Mehrheit eines großen und gebildeten Volkes nahezu rechtlos gemacht ist, während eine verhältnismäßig kleine Minderheit einen unzulässigen Einfluss auf die Gestaltung des Staatslebens hat, und zwar eine Minderheit von Leuten, die keine anderen Vorfürje aufzuweisen brauchen, als den, daß sie im Besitz eines wohlgefüllten Geldsackes sind. Wie meinen aber, daß der in Preußen herrschende Zustand durch die Kriegserfolge eben noch unerträglicher geworden ist, als bisher. Rechten schon stets die Massen des preußischen Volkes erbüttet über ihre politische Rechtslosigkeit sein, so jetzt noch vielmehr, wo viele fassende Wähler dritter Klasse genau so gut und gut für ihr Land hergehen müthen, wie die Wähler der ersten und zweiten Klasse.

Herr v. Voebell ist mit dem, was er über die Wahlrechtsfrage sagt, über die Thronrede hinausgegangen. Während man bei den Ausführungen der Thronrede allenfalls von einer Andeutung einer zukünftigen Wahlrechtsreform reden konnte, hat Herr v. Voebell in bestimmtener Form erklärt: „Nach dem Kriege wird dem Hause eine Vorlage unterbreitet werden“. Damit hat die preußische Regierung in alter Form ihre Absicht angekündigt, an einer Wahlrechtsreform heranzugehen. Allerdings hat Herr v. Voebell die Absicht der preußischen Regierung damit begründet, daß sie die Einmütigkeit der Parteien, die jetzt in der ersten Zeit gewonnen sei, über den Krieg hinaus erhalten will. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß es mit dieser Einmütigkeit der Parteien, sowie der Friede da ist, zu Ende sein wird. Die Gegenseite zwischen den Parteien und den von ihnen vertretenen Volkschichten sind zu groß, als daß dauernd eine Einmütigkeit möglich ist. Im Gegenteil, bei den schweren Fragen, die nach dem Kriege zu lösen sein werden, wird es zu sehr beständigen Kämpfen zwischen den Parteien kommen. Wir glauben allerdings nicht, daß die preußische Regierung die nach dem Kriege unvermeidlichen schweren inneren Konflikte zum Vorwand nehmen könnte, ihr Versprechen für hinfallig zu erklären. Würde die preußische Regierung nach dem Kriege in der Wahlrechtsfrage überhaupt nichts tun, müßte sie sich darüber klar sein, daß sie dadurch eine ganz gewaltige Empörung bei den Volksmassen herbornt, und wir halten es nicht für wahrscheinlich, daß es eine Renerierung wagen wird, dafür die Verantwortung zu übernehmen, also formell wird, daran zweifeln wir nicht, die preußische Regierung ihr Versprechen erfüllen.

Ob die Wahlrechtsreform, die sie nach dem Kriege vorstellt, auch wirklich einen Fortschritt bedeuten wird, muß abgewartet werden. Nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, muß man allem, was von der preußischen Regierung kommen soll, mit Misstrauen gegenüberstehen. Im Jahre 1908 war ja auch in bestimmtener Form eine Wahlrechtsänderung versprochen worden und was dann tatsächlich dem Landtag vorgelegt wurde, war zum mindesten keine Verbesserung des bisher bestehenden Dreiklassenwahlrechts. Der Einfluß der wahlrechtsfeindlichen Junker auf die preußische Regierung war damals zu groß, als daß mit einer Wahlrechtsreform Ernst gemacht werden konnte. Ob die preußische Regierung auch nach dem Kriege vor den Drohungen und Beschuldigungen der Junker so weit zurückweichen wird, daß sie sich nicht getraut, eine Wahlrechtsreformvorlage vorzulegen, die diesen Namen verdient, werden wir sehen. Die deutschen Arbeiter aber können sicher sein, daß dann, wenn ihren Wünschen nicht von der Regierung entsprochen werden, ihr Kampf um ein besseres Wahlrecht in den weitesten Volkskreisen die eifrigste Unterstützung finden wird.

Sie bedauerlich ist es, daß die preußische Regierung sich nicht schon jetzt zur Vorlegung einer Wahlrechtsreform entschließen kann. Es läge zweifellos im Interesse des ganzen deutschen Volkes, wenn die Soldaten das Heimwesen haben könnten, daß sie in ein Vaterland zurückkehren werden, in dem inzwischen ein energetischer Schritt nach vorwärts geschehen ist. Neben die Verhandlungen des Landtages geht uns folgendes Stimmungsbild zu:

Die Staatsberatung im preußischen Abgeordnetenhaus.

Das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Montag — nachdem das frühere Präsidium durch kurzfristig wiederhergestellt war — in erster Sitzung mit dem Staat. Der konserватive Redner, Abg. Dr. v. Hohenbrand, behandelte zuerst die Frage der Steuererhöhung und gab seinen und seiner Freunde Widerwillen gegen direkte Reichskommunensteuern lebhaften Ausdruck. Gang

besonders aber ist er darüber empört, daß die Thronrede die Notwendigkeit einer Aenderung der Wahlrechtsfrage betont. Als Ideal schwebt ihm noch wie vor das preußische Dreiklassen-Wahlrecht vor und er steht auf dem Standpunkt, daß die Wahlrechtsreform getrost noch so lange aufgeschoben werden kann, bis die übrigen aus dem Kriege sich direkt ergebenden Aufgaben gelöst sind. Unangenehm bemerkte es, daß er in seinen Verhandlungen über Krieg und Frieden das neutrale Amerika als Feind Deutschlands bezeichnete. Das Ende des Krieges ist seiner Meinung noch noch nicht abzusehen, er forderte deshalb wiederholte Durchhalte. (Applaus.)

Abg. Dr. Bachmeyer von der Fortschritts-Demokratischen Partei beschäftigte sich in der Haupthand mit der Frage der Wahlrechtsreform. Er trat entschieden für die Übertragung des Reichstags-

wahlrechts auf Preußen ein und verlangte, daß die Reformation noch in den nächsten abgemessenen Wahlen kommt. Die Frage der Zensur und des Belegerungszustandes stellte er nur kurz, wobei er sich sonderbarweise damit einverstanden erklärte, daß die Zensur die Erledigung der Kriegsziele verbietet.

Abg. Herold vom Zentrum ging zunächst auf die Frage des Wirtschaftsmaßnahmen ein, wobei er sich ähnlich äußerte wie er es wiederholte im Reichstage getan hat. Hinzu klagt des Wirtschaftsvertrages er auf die frühere Haltung seiner Freunde.

Darauf kam Genosse Hirsch zum Wort, der namens der sozialdemokratischen Landtagsfraktion die unten mitgeteilte Erklärung über die Kriegsziele verlas. Dann vertrieb er sich unter Sichtungen über alle das Wirtschaftsleben verhindernden Fragen; in erster Linie beschäftigte er sich mit der Lebensmittelversorgung, wobei er die Bedeutung der Zensur, weil sie nicht reicht, die erforderlichen Maßnahmen auf diesem Gebiet ergreifen habe. Mit Recht wies er auf den Einfluß des preußischen Landwirtschaftsministers auf den Wirtschaftsstand hin. Jedes energische Vorgehen müsse man vermessen. Zur Kriegsgejahrzeit äußerte Hirsch eine größere Weise von Wünschen; ganz besonders verlangte er, daß Preußen ebenso wie andere Bundesstaaten für die arbeitslosen Textilarbeiter einzutreten müsse, und daß die Regierung bereits heute Maßnahmen ergreife, um dem nach dem Kriege entstehenden Wohnungsmangel und der Arbeitslosigkeit zu begegnen sei. Mit dem Grundgedanken der Steuerzuschläge erklärte sich Hirsch einverstanden, forderte aber eine härtere Schonung der kleinen Einommen. Schließlich ging Genosse Hirsch auf die eigentlichen Verwaltungsfragen ein. Er verlangte die Beendigung einer Reihe von Gesetzen, vor allem der Gefindeordnung, ferner die Ablehnung der Polen- und Dänen-Politik und die sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Der Minister des Innern v. Voebell polemisierte gegen die Aussführungen Hirsches über die Kriegsziele und gab die Erklärung ab, daß die Regierung sich nach dem Kriege das Wahlrecht zu ändern beabsichtige. Die Regierung sollte nicht unmöglich die Gegenseite zwischen den Parteien aufzuholen. Auch die Polenpolitik würde dann geändert werden. Bis dahin müßten sich die Polen mit einer entgegengesetzten Haltung der Regierung begnügen. Die sozialdemokratische Partei werde hoffentlich auch im Kriege den Sieg meistern, doch der Sieg hervorzuheben haben, die das fürstbare Blut der Schuld gegenüber dem eigenen Volke wie der gesamten Menschheit tragen, ihrer Verantwortung bewußt? Braut Ihnen nicht vor dem weiteren Anwachsen der ungeheuren Erditterung, die jede Veränderung des Krieges aufscheitend macht?

Wenn die Regierungen der kriegführenden Länder heute noch nichts von einem Frieden wissen wollen, so seien sie sidi mit aufs neue in schärfsten Widerspruch zu der großen Masse des Volkes aller Nationen, die nichts sehnsüchtiger herbeiwünscht, als den Tag, an dem sie sich wieder friedlicher Tätigkeit widmen kann.

Millionen blühender Menschenleben sind vernichtet, weitere Millionen zeitlos verkrüppelt oder mit schleichendem Siedchum behaftet. Zahllose Christen sind zerstört. In einigen Monaten ist die Kultur eines Jahrhunderts zerstört, und vieler Jahrzehnte wird es bedürfen, das Beträmmere wieder aufzubauen.

Die Regierung, die auch jetzt noch nicht die Hand zum Frieden bietet, häuft dadurch das fürstbare Blut der Schuld gegenüber dem eigenen Volke wie der gesamten Menschheit. Wir fordern, daß die eigene Regierung den Regierungen der anderen Länder vorangeht, ihre Großerungspläne aufgibt und damit die Welt ebt für den einzigen, den Interessen der Menschheit dienenden Frieden. Der Ausbruch und der Verlust des Krieges haben vor aller Welt das imperialistische Gewaltstum gebläst. Nicht durch die Macht der Bonapette, nicht durch Erbohrungen und Vergewaltigungen, nicht durch das Aufwerfen neuer Sollwerte in Gestalt von Geschwistervereinigungen kann Frieden und Kultur gesichert werden, sondern allein durch die bewußte, opfer- und kämpfereidige Interessensolidarität der Proletarien aller Länder.

Die Landeskommision der Sozialdemokratie Preußens.

die am 14. und 15. Januar 1916 tagte, beschäftigte sich mit der politischen Situation in Preußen und nahm, nachdem sie von der Fraktion zur Staatsberatung formulierte Erklärung vorgelegt worden war, mit 25 gegen 6 Stimmen, bei einer Enthaltung, folgenden Beschlus:

„Die Landeskommision, nach dem Statut zur Führung der Parteigeschäfte der Sozialdemokratie Preußens beraten, kann der von der Mehrheit der Landtagsfraktion beschlossenen Erklärung zum Kriege nicht zustimmen. Sie billigt die Haltung und Politik der Reichsregierung, die in der Erklärung vom 4. August 1914 festgelegt ist, und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichsregierung zu durchkreuzen.“

Nach Annahme dieses Beschlusses trat die Landtagsfraktion zu einer weiteren Beratung ihrer Erklärung zusammen. Die Fraktion nahm zwar einige Änderungen an ihrer Erklärung vor, berücksichtigte aber wesentliche Wünsche der Landeskommision nicht. Darauf führte die Landeskommision mit 21 gegen 5 Stimmen folgenden Beschluß:

„Die Landeskommision bedauert, daß die Fraktion des Abgeordnetenhauses den gestrichen mit 25 gegen 6 Stimmen gefassten Beschluss, wonach die Landeskommision erwartet, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichsregierung zu durchkreuzen.“

Der Vorwärts veröffentlicht folgende Erklärung des Genossen Hirsch, Dr. Hoffmann, Paul Hoffmann, Dieckhöf und Ströbel:

„Die Unterzeichneten können als Achtstundur für ihre Tätigkeit nur das Vorwerkprogramm und die Geschäfte der nationalen und internationalen Parteiabteile annehmen; sie bestreiten der Landeskommision das Recht, ihr die Politik vorzuschreiben.“

Heiner bringt der Vorwärts eine längere Erklärung des Genossen Konrad Hänsch, in der er heißt:

„Zug der Vorgänge, die sich am 21. Dezember im Reichstag abgespielt haben, in die auf dem Boden der Politik des 4. August stehende Minderheit der preußischen Landtagsfraktion entschlossen ist, nach wie vor steigt die Partei- und Fraktionsdisziplin anstreng zu erhalten. Ebenso wie die drei anderen der Reichsminister umgebliebenen Genossen habe ich deshalb darauf verzichtet, Abgeordnetenabstimmung statt gegen die Erklärung zu protestieren, die Genossen Hirsch im Namen der Fraktion mehrheitlich für Friedensfrage abgegeben hat. Aber ich kann es für meine Person nicht untersetzen, nur möglich abzurufen. Das ist die Fraktionsmehrheit — um nur eine herzurufen — in ihrer Erklärung über die Haltung der deutschen Regierung zur Friedensfrage sagen läßt. Ich fühlte ganz unfehlig und dient in seiner Weise der uns allen gleich sehr am Herzen liegenden schmalen Herabsetzung des Friedens. Tatsächlich mit vollem Recht festgestellt, daß sehr deutlich seine Vereinfachung und in Friedensverhandlungen eingesetzt, sobald die Feinde geneigt sind, sich auf eine für Deutschland annehmbare Grundlage für solche Verhandlungen zu stellen. Das aber haben sie bis heute nicht getan. Wenn wir dem Frieden immer noch nicht nähergekommen sind, so fragen also die Regierungen des Vierten Reichs die Schuld daran, nicht aber die Regierung des Deutschen Reichs.“

Heeresfragen im Reichstag.

Die Montags-Sitzung des Reichstags wurde mit der Erörterung militärischer Angelegenheiten ausgefüllt. In der Erörterung über die Resolutionen des Reichshausausschusses, die sich auf die Ueberstellung, die Kriegsschädigungsfrage usw. beziehen, sprach als erster Redner Genosse Schöpflin, der zunächst dafür eintrat, die Reichsregierung für Ueberläufer in möglichst weitem Umfang zu überlässt, die Verpflichtung der Truppen und insbesondere der Bataillonsforsen zu verbessern, die in Ruhestellung stehenden Soldaten aus dem Schützengraben mit allzu jedem Drill zu versetzen und in den Ordnungswilligungen der Kommandanturen für die Garnison etwas mehr Platz zu halten. Genosse Schöpflin konnte hierbei einige Fälle vorbringen, die Abstimmung unter den Mannschaften zu erregen geeignet scheinen. Der nationalliberale Dr. van Galtert bestritt dies, während der Fortsetzer Dr. Haas selbst eine Besserung des Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen bei den Erfahrungsmöglichkeiten für wünschenswert erklärte. Im übrigen nahm Dr. Haas die Beschuldigungen der deutschen Kriegsführung der englischen Varalong-Note vor, um aus seiner eigenen Erkenntnis zu schließen, daß die deutsche Armee auf der Höhe des deutschen Volkes steht und daß das Verhalten unserer Krieger in Griechenland gegenüber der Bevölkerung wie gegenüber verwundeten Feinden nur die höchste Anerkennung verdient, wenn es auch nur den selbstverständlichen Geboten der Menschlichkeit und der Ehre entspricht. Der stellvertretende Kriegsminister v. Wandl sagte zu, daß die Ueberläufertreibung, wenn möglich, erleichtert werden soll, und er bestrebt, daß die Heeresverwaltung alles tut, um die nur noch innerhalb Deutschlands, nicht aber im Felde verbliebenen Fälle vorschriftswidriger Behandlung Untergewesener vollkommen verschwinden zu machen. Mit dem Abg. v. Galtert stimmte General v. Wandl darin überein, daß die Heeresdisziplin auch in dem Benehmen der Soldaten auf der Straße äußern müsse und daß daher die scharfen Verbote der Gouverneure von Thorn und Köln über das Gefangen- und Vorgesetzten, wobei der Bürgerkrieg zu verlassen sei, erledigt wären. Genosse Davidsohn, der zum Anfangsstage aus Serbien zurückgekehrt ist, wo er verwundet wurde und das Eiserne Kreuz erhielt, betonnte dieser Auffassung nicht beizutreten, widersprach ihr vielmehr als ein anderer Soldat ziemlich entschieden. Er schloß mit dem Verlangen, daß innerhalb des militärischen Systems für die Mannschaften, die so Großes geleistet haben, herausgeschlagen werde, was eben möglich sei.

Ein Schlussantrag machte es nunmehr dem Abg. Dr. v. Pecht unumgänglich, über die Behandlung der Soldaten zu sprechen, was um so mehr zu einer lebhaften Szene führte, als der Präsident, der zur Abstimmung schritt, das Wort zur Geschäftsführung verweigerte. In der Abstimmung wurden die Kommissionserörterungen angenommen, die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Nunmehr kam die Geschäftsordnungsdebatte statt, in der zunächst General v. Pecht gegen den Debattenschluß Einspruch erhob. Der Fortsetzer Neumann-Hofer rechtfertigte diesen Beschluss, worauf es bei einer Protestrede Dr. Pechts wieder zu Lärmszenen und Ordnungskräften kam. Ein Antrag v. Pechts, die Debatte wieder zu eröffnen, wurde gegen den größten Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten abgelehnt.

Unter förmlichem Beifall teilte Präfekt Raemps die Waffenstreckung Montenegros mit. Der Reichstag nahm dann nach kurzer Debatte eine Resolution auf Verbürgung der Bedrohung von Soldatenpaletten an, hörte noch den einleitenden Ausführungsbericht Dr. Stresemanns über die Zensur und brachte die Zensurdebatte auf Dienstag, vormittags 10 Uhr.

Der Krieg auf den Meeren.

Saigon. 17. Januar. Vlonds melden: Der spanische Dampfer "Sano" ist auf der Fahrt von Quelva nach Lagoa das auf einer teilenden Mine gesunken und 40 Meilen von Lagoa gesunken. 20 Mann sind ertrunken; einer wurde gerettet.

König Edward VII. an der schottischen Küste gesunken. Amsterdam. 17. Januar. Aus zuverlässiger englischer Quelle wird gemeldet, daß die Nachricht, die in englischen Blättern verbreitet wurde, daß Prinzessin King Edward VII. sei vor Gallipoli gesunken, falsch ist. Das Schiff sei an der schottischen Küste untergegangen und der größte Teil seiner Besatzung ist in einem schwimmenden Boot gelöscht worden.

Die skandinavische Paketpost von den Engländern beschlagnahmt.

Stockholm. 17. Januar. Nach einem Telegramm des schwedischen Kommandos in Kielwall wurde die ganze skandinavische Paketpost auf der Fahrt nach Stockholm von den Engländern beschlagahmt.

Das wehrlose Griechenland.

Wien. 17. Januar. Die Blätter berichten, daß die bislangen in Saloniki, Korfu und Santi Quaranta verübten Gewalttaten der Entente durch die nach Privatmeldung erfolgte militärische Befreiung des Piräus und des Phaleron noch überboten wurden. Einige Blätter sprechen die Vermutung aus, daß die Unitrie Venizelos' nicht angehört habe, sondern im Gegenteil von neuem eingesetzt habe, und daß die Entente Griechenland vor dem Zusammentritt der Kammer durch einen Kraftschlag in den Krieg hineintritten wolle. Die Neue Freie Presse schreibt: Wenn der König von Griechenland auch nach Einbruch in Athen die Macht hat, seine Politik gegen die Entente zu verteidigen, würde die militärische Befreiung Athens die Gruppe der Mittelmächte nicht empfindlich treffen. Selbst dann könnten und taun vorzusehenden Fälle würde die erzwungene Unterstützung einer Armee, die in einer ihr verhassten Einheitlichkeit kämpfen müßte, militärisch ohne Wert sein. Das Blatt glaubt indessen, daß der Einbruch in Phaleron und Piräus nur die Aufmerksamkeit in London und Paris von schweren Niederlagen in Serbien, Gallipoli und Montenegro ablenkt und die Volksmassen in den Ententeländern über den Stand des Krieges läufern sollte. Jedoch müßte den kleinen neutralen Völkern endlich zum Bewußtsein kommen, wer sie bedrohen und ihre Kraft

missbrauchen wolle. Die Reichspost meint dagegen, wenn die Landung vor den Toren Athens tatsächlich erfolgt sei, könne man sich auf jäh überstürzende Ereignisse gefaßt machen. Es scheine nicht, daß Griechenland in der Verfassung sei, sich zu wehren.

Utro aufzufolge habe die Befreiung von Phaleron in Athen Vandal, ungeheure Entzündung und Kundgebungen gegen die Ententevertreter erregt. Durch das rechtzeitige Einschreiten der Behörden sei ein Angriff des Volkes auf die französische und die englische Gesandtschaft verhindert worden.

Der kleine Courier meldet aus London: Ein Telegramm aus Athen berichtet, daß seit einem Monat keine Dampfer oder Segelschiffe von Griechenland ausgefahren oder dort angelangt sind. Von mehreren hundert Schiffen, die ausgefahrt sind, um Lebensmittel zu laden, ist man ohne Nachricht.

Der Temps meldet aus Athen: Der Polizeipräsident wurde abgelebt. Sein Nachfolger ist Oberst Palamiros. Die französischen Behörden in Korfu haben mehrere Personen wegen Spionage verhaftet lassen.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien. Amtlich wird verlautbart den 17. Januar 1916.

Östlicher Kriegsschauplatz:

Die an der bosnisch-herzegowinischen und jugoslawischen Front angesetzten russischen Armeen haben auch jetzt eine Wiederholung ihrer Angriffe unterlassen. Es herrsche im allgemeinen Ruhe. Nur im Raum östlich von Karageze vertrieben unsere Truppen unter heftigen Kämpfen den Feind aus einer vorgeschobenen Stellung, schlugen seine Gräben zu und spannten Drahtsperren aus. Im Bereich der Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand wurden drei russische Vorhöfe gegen unsere Feldwachenlinien abgewiesen.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Die Geschäftskämpfe an einzelnen Punkten der südalpinischen und der Tiroler Front dauern fort. Der Kirchenruen von Olats wurde von unseren Truppen wegen des dorthin vereinigten feindlichen Artilleriekusters wieder geräumt. Im Südzonen prangen unsere Flieger mehrere italienische Fesselballons zum Niedergehen und bewirken feindliche Säger mit Bomben.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Der König von Montenegro und die montenegrinische Regierung haben am 18. Januar um Einstellung der Feindseligkeiten und um Beginn von Friedensverhandlungen gebeten. Wir antworteten, daß dieser Bitte nur nach bedingungsloser Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres entsprochen werden könne. Die montenegrinische Regierung hat gestern die von uns gestellte Forderung bedingungsloser Waffenstreckung angenommen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
u. Höfer, Feldmarschall-Lieutenant.

Deutsches Reich.

Die neuen Kartoffelhöchstpreise.

Das Berliner Tageblatt meldet:

Am Laufe der letzten Tage waren im Landwirtschaftsministerium zu Berlin die Vertreter sämlicher deutschen Landwirtschaftskammern verammt, um die Frage der Kartoffelversorgung Deutschlands zu erörtern. Es wurde, wie wir hören, klargelegt, daß wohl genug Kartoffeln in Deutschland vorhanden sind, daß aber die Landwirte mit der Herausgabe ihrer Vorräte zurückzuhalten. Die Gründe dafür sind kurz die, daß dem Landwirt das Verlusten der Kartoffeln bei den jetzigen hohen Futterpreisen mehr Gewinn bringt als die Lieferung von Kartoffeln an die Bevölkerung, während die Höchstpreis für Kartoffeln festgelegt worden sind. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß eine Steigerung der Preise um 1 M. bis 1,20 M. für eine starke Familie bis zur Reuterin eine Mehrausgabe von etwa 7 M. bedeutet, die als nicht erträglich angesehen werden können. Der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums erkannte die von den Landwirtschaftskammern ins Feld geführten Gründe im allgemeinen an und sagte zu, daß eine Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise in Erwägung gezogen werden solle. Wie hoch die Erhöhung sein wird, soll so bald als möglich bekanntgegeben werden. Auch die Spannung zwischen Produzenten- und Kleinhandelspreisen, die jetzt 1,30 M. beträgt, soll erhöht werden, nachdem das Oberkommando in den Märkten und auch der Magistrat der Stadt Berlin anerkannt haben, daß der Unterschied zwischen Preisen zu gering ist. Man hat eine Spannung von 1,75 M. vorgeschlagen.

Erst ist immer erklärt worden, daß von einer absichtlichen Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Landwirte nicht die Rede sein könnte, und doch nur Verladungsschwierigkeiten und ähnliche Umstände daran schuld seien, wenn nicht genügend Kartoffeln auf den Markt kämen. Jetzt wird offen angegeben, daß die Landwirte doch die Kartoffeln zurückzuhalten haben, weil sie als Futter besser verwerten können, als wenn sie verkauft werden. Statt daß nun die Landwirte durch Beschlagnahme ihrer Vorräte gezwungen werden, die Kartoffeln zu den festgelegten Höchstpreisen abzugeben, sollen sie nun mit ihrer Zurückhaltungsmanöver noch durch eine Erhöhung der Höchstpreise belohnt werden. Es ist unter diesen Umständen vielleicht kein Wunder, wenn die vor der Steigerung erlassenen Bestimmungen über Höchstpreise immer wieder einen Widerhall haben. Warum sollen auch die Produzenten ihre Waren zu den festgesetzten Preisen verkaufen, wenn sie doch damit rechnen können, daß die Regierung schließlich nachgibt und ihre Wünsche nach Heraufsetzung der Preise erfüllt?

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

13. öffentliche Sitzung. Dienstag den 18. Januar, vormittags 11-Uhr.

Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung mit den besten Wünschen für das neue Jahr und hält eine längere Ansprache, an deren Schluß er auf die Unterwerfung Montenegros zu sprechen kommt und dem Wunsche Ausdruck gibt, daß das Jahr 1916 uns endlich den langsehnten und cheebollen Kriegen von langer Dauer bringe möge. (Brado-Klasse.) Bis dahin heißt es aber durchdringen! Das sei auch die Lösung für die Fortsetzung unserer Kriegsarbeit. Jedoch müßte den kleinen neutralen Völkern endlich zum Bewußtsein kommen, wer sie bedrohen und ihre Kraft

Weiter gibt der Präsident seiner Freunde darüber Auskunft, daß der Abg. Sindermann (Soz.) nach langer Krankheit wieder so weit hergestellt ist, daß er heute zum ersten Male wieder an den Sitzungen des Hauses teilnehmen könne.

Es folgt die Verpflichtung des an Stelle des verstorbenen Abg. Döbereck neugewählten Abg. Born (lond.).

Darauf wird in die Belebung der Tagesordnung eingetreten. Zur Beratung stehen lediglich Eisenbahangelegenheiten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Dekret Nr. 14 — ver-

schiedene Eisenbahnen — gibt Finanzminister v. Seydel einige Erläuterungen, in denen er nochmals feststellt, daß die Unzulänglichkeit der durch den Krieg be-

dingten Verhältnisse zur unzureichenden Belieferung im Bau neuer Eisenbahnlinien zwinge. Unter dem Gesichtspunkte der Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten seien für den Bau neuer Linien 3½ Millionen Mark im außerordentlichen Etat vorgesehen worden, zur Herstellung einer vollspurigen Nebenbahn vom Obercunewalde nach Löbau, die Fortsetzung des vollspurigen Industrieleiters im Köbelbachthal bis Königswalde usw. Mit diesen geplanten Eisenbahnlinien sollte man sich für diesmal begnügen und nicht weitergehende Verforderungen erheben.

Abg. Gleisberg (natl.): Es habe den Anschein, als wenn unsere Regierung die Eisenbahninitiativen vorherhalb unseres Landes zu bevorzugten scheine. So seien von den eingesetzten 3½ Millionen Mark 500.000 M. für die Linie Köbelbach-Görlitz eingestellt. Wenn man bedenke, daß für Bahnhofsumbauten 280.000 M. und für Herstellung dritter und vierter Gleise 9 Millionen Mark eingestellt werden sind, so sieht man, wie wenig in Sachen für den Bau neuer Linien getan werden. Von den 3½ Millionen entfällt der weitauß größte Teil auf dritte und vierte Linien, was um so verständlicher sei, als von den vorhergehenden Linien weiß noch wenig oder gar nichts verwendet ist. Bei unserer Regierung sei offenbar keine rechte Meinung vorhanden, das südliche Eisenbahnnetz weiter auszubauen. Man habe allerdings oft sagen, wie haben ja genug Eisenbahnen. Diese Meinung sei aber durchaus irrig. (Gutstimme.) Breiten habe demgegenüber auch in dieser jüngsten Zeit für Eisenbahnneubauten ganz bedeutende Mittel eingesetzt. Werde in Sachsen das bisherige Tempo hinsichtlich der Eisenbahnneubauten beibehalten, so werde es wohl niemand von uns mehr erleben, daß die für uns wichtig erschienen Eisenbahnlinien betriebsfähig werden. Preußen habe sogar Kriegsgefangene zum Bauarbeiten herangezogen. Warum habe das nur bei uns in Sachsen nicht. Hoffentlich geht die Regierung mit allem Eifer daran, das südliche Eisenbahnnetz weiter auszubauen und hierfür größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Bei Bahnhofsumbauten sollten die kleinen Stationen nicht zweitmärtig behandelt werden. Dringend wünschenswert sei auch eine bessere Belieferung der kleinen und mittleren Stationen. Bei Reu und Limbach, besonders bei Glücksburg, sollen die Wünsche der betreffenden Gemeinden berücksichtigt werden. Das sogenannte Sparjahrprinzip habe oft verhindert, daß bei Bahnhofsumbauten eines Großprojekts geschaffen wurde.

Abg. Rentsch (lond.): Es kann auch nur wünschen, daß die südliche Eisenbahnneubauten etwas freigebiger und entgegenkommender ist als bisher. Immerhin sei anzuerkennen, daß in der Kriegszeit der Bahnbau nicht ganz zum Stillstand gekommen ist, was als Zeichen unserer militärischen Kraft und Stärke zu gelten habe. Viele Wünsche bleiben freilich wieder unerfüllt. Wie ein Unglückssturm ziehe sich auf dem Papier schon seit Jahren die Nordostbahn durch das Land, aber zu sehen habe man bisher noch nichts von ihr bekommen. Das Vertrauen zur Regierung geht auf diese Weise verloren; man weißt an ihrem guten Willen. (Die Verhandlungen dauern bei Schluss der Redaktion fort.)

Leichte lokale Nachrichten.

Der Graf und sein Diener. In Augsburg erkrankte bei einem Kaufmann, der ein Zimmer zu vermieten hatte, ein feindseligkeitsbegeisterte Herr in Begleitung eines Soldaten und gab sich als Leutnant Wilhelm Graf Rückenberg, den Soldaten als seinen Diener aus. Das Zimmer gefiel dem Herren "Leutnant" ausnehmend gut, nur bot er den Vermieter um Einrichtung der Gasleitung und eines Telefons. Der Mieter blieb gleich da und ließ sich am Abend Wein und Wein im Wert von 12 M. ins Zimmer bringen. Am nächsten Morgen wußte er nicht gehört zu werden, da er von 8 bis 10 Uhr schriftliche Arbeiten zu erledigen habe, nur wenn "Eggeling" kommt, solle man ihn auf. Am nächsten Morgen bat die neue Mieter alles, was nicht viel, und nageleßt war, in ein großes Bett zusammen, daß er ans Fenster des im Erdgeschoss gelegenen Zimmers legte; dann entfernte er sich aus dem Zimmer, nahm das Bett von außen an und flüchtete. Der Dieb wurde von der Polizei eingeholt und verhaftet. Es ist der 23 Jahre alte Bäcker Leonhard Schröff aus München. Der Hauptgrund, daß man ihm Glauben geschenkt hatte, war der Umstand, daß er einen Soldaten als Diener mitgebracht hatte. Dieser Diener hatte er sich auf die einfache Weise verschafft. Er sprach auf der Straße den ersten Soldaten an, fragte ihn, ob er nicht zu ihm als Diener gehen möchte und versprach ihm 20 M. Die beiden, daß der Soldaten zerkreuzt er mit dem Vermieter, daß er schon mit "Eggeling" sprechen werde. Schröff, der gestand, daß dies kein "Trick" sei, den er schon mehrfach angewendet habe, ist wiederholter vorbestraft und hat Freiheitsstrafe; erst vor kurzem hat er eine Strafe verbüßt. Golla in Dresden ein ähnlicher Schwund an Zimmervermietern ausgeführt worden sein sollte, bittet die Kriminalpolizei um sofortige Angekündigung.

Lobeneinbruch. Bei einem in der Nacht zum 16. Januar verübten Lobeneinbruch sind den Tätern eine große Rente gewünscht, und Würkinnen, darunter einige große Schönheiten und eine Engel-Tollpatsch sowie Zerkelot, Säume und Blau- und Scherwürze in die Hände gefallen. Es ist anzunehmen, daß ein Teil der gestohlenen Sachen zum Verkauf gelangt. Münster berühmter Waren werden daher zur Sicherheit ermäßigt und erhöht. Lokalbedeutende Warenbeschaffungen, die zur Gemütliebigkeit der Täter dienen könnten, der Polizei anzeigen.

Wegnahme der sächsischen Bandenkettensätze

für den 19. Januar:

Zeitweise trübe; zu warm; meist trocken.
Wasserfälle der Elbe und Elbe: Waldschloß + 20,
Barby + 22, Brandis + 192, Melnit + 184, Reichenbach + 184,
Küpf + 284, Dresden + 80.

Telegramme.

Unterhandlungsberichte.

London, 18. Januar. Reuter. Unterhandlungen über die einzelnen Wante des Militärkriegsamt bestrafen gegen die britischen Kriegsgefangenen. Bei der Abstimmung über die bestimmten Kriegsgefangenen erzielte die Regierung eine überwältigende Mehrheit. Die Kriegsgefangenen der Arbeiterspartei, denen die Abstimmung eines Industriellen Zusanges entgegengestellt werden soll, werden müssen zur Beschaffung geholt werden. Man stimmt nicht, daß sie dabei schwierigkeiten angeben werden.

Kriegserklärung der sozialdemokratischen Religion in Jugoslawien. 17. Januar. Da der Sommer wurde ein Telegramm des Reichstags verlesen, in welchem die Innahme des Geistes bezüglich der Kriegserklärung der sozialdemokratischen Religion angezeigt wird. Die Sommer kündigt, dass unerlässlich Verteilung ihres Textes ausgetragen und den Bürgern ausgeteilt, was auch die unbilden Gedanken des Kriegs bezüglich dessen Beziehung zu den anderen Völkern.

Briefkästen.

S. G., Postkappel, Göschwitzer Straße. Die Löschung von Kriegsgefangenen wird in Österreich unter keinen Umständen an die Oberbau ausgesetzt. Es ist auch nicht zulässig, in bestimmten Fällen eine Ausnahme zu machen, weil das in Österreich gegen die gesetzlichen Vorschriften verstößen würde.

G. A., Reichsberg. Gegenwärtig besteht in Dresden kein Arbeitersinnverein.

Vonländiger Arbeiter. 1. Darüber läßt sich ohne genaueste Kenntnis der Sachlage nichts sagen. 2. Das kommt allein auf die Verhältnisse des Versicherungsvertrags an. 3. Wenn nicht eine besondere, die Versicherungsmöglichkeit betreffende Klausel in den Kaufvertrag aufgenommen wurde, läßt sich der Sach wegen der Kauf nicht mehr rückgängig machen.

O. U., Weißschiff. Diese beiden haben keine Bedeutung für die Beurteilung des Gesundheitszustands oder der körperlichen Geschäftsfähigkeit.

M. M., Radis. Zur Beurteilung der Frage, ob Erbschaftseinkommen zu zahlen sind, reichen Ihre Angaben nicht ganz aus. Es kommt vor allem auf den Vermögensgrad an, in dem Sie zu dem Erblasser standen. An jedem Falle ist bei der kleinen Summe der Steuerbetrag ein kleiner. Auf die Hinterbliebenenrechte hat diese Erbschaft ebenfalls Einfluß wie auf die Sparfassoneinlage.

E. Sch., Kamener Straße. Das ist in der Hauptheile eine Angelegenheit für die Innung der einschlägigen Branche. Wenden Sie sich an diese.

M. J., Oberbergsstraße. Da brauchen Sie doch nur in einer der zahlreichen Geschäfte zu gehen, die mit Taschen und ähnlichen Ledersachen handeln. Hat man dort die Art Taschen nicht, die Sie möchten, wird man Ihnen aber doch in einem solchen Geschäft leicht solche anfertigen lassen oder Ihnen Andmuth geben können, wo sie zu haben sind.

B. G. S. Die Beantwortung über den Zeitpunkt des Mordes an dem Schlechtelehrerischen Dienstmädchen bedarf einer abermaligen Berichtigung. Nach Feststellungen auf Grund einer Zeitung, die über den Nord berichtet, ist die Tat am 17. August 1882 begangen worden.

Sportkartei.

Touristenverein Die Naturfreunde. Dresden. 20. Januar, 8½ Uhr (Einlaß 7 Uhr), Versammlung und Bildvortrag von Franz Seidler. Dresden, im großen Saale des Volkshauses; An den Gebäu des Thuner, Brienzer und Genfer See. Karten zu 20 Pf. in der Volksbuchhandlung, Berlinerstraße 10, beim Genossen Nikolai, kleine Arkasse, beim Genossen Bör, Porzgrafenstraße 33 (Konsum), im Sportgeschäft von Karmagel, Johannestraße 21, am Büffet des Volkshauses, am Eingang des Saales und bei allen Mitgliedern. 23. Januar: Nachmittagsspiel Coswig. Spizzgrundmühle, Kurs; Abfahrt 12.20 Uhr vom Hauptbahnhof, 12.30 vom Neustädter Bahnhof nach Coswig. — Winterportionierung. 23. Januar: Rodeltour: Abfahrt früh 8.55 Uhr vom Hauptbahnhof nach Tharandt; — Radeberg. 19. Januar, 8 Uhr: Jahres-Hauptversammlung im Gastronomie Deutsches Haus, Großenhainer Straße 100.

im Restaurant Deutsche Eiche. 23. Januar: Nachmittagsstour Seifersdorfer Tal; Abfahrt 2 Uhr vom der Bapierfabrik. — 20. Januar: 8½ Uhr: Zusammenfahrt im Niederhof, Niederlößnitz. — 2. Februar. 19. Januar, 8½ Uhr: Zusammenfahrt im Goldene Stern, Leuben. 23. Januar: Stützpunkt Geising, Kirchspurz. Schellerbau, Annaberg; Abfahrt früh 8.15 Uhr von Niederlößnitz nach Geising. 25. Januar: Nachmittagsstour Saubachtal; Abfahrt 12.30 Uhr von Niederlößnitz, 1.15 Uhr vom Hauptbahnhof nach Borsdappel umsteigen.

Arbeiterturner. Dresden-Reußstadt. Am 18. Januar fallen die Turnfuhren für die Abteilungen Jahn und Schulung aus. An diesem Tage findet ein Wandervergnügen nach der Turnhalle der 11. Bürgerhau, Kanonenstraße, statt. Dabei ist gemeinsame Turnen mit der Abteilung Freiheit. 21. Januar nach dem Turnen: Versammlung der Abteilung Freiheit im Deutschen Haus. — 8. Gruppe. 23. Januar, 1½ Uhr: Stappenturntag im Gasthof Goldner Löwe, Borsdappel. Jeder Verein muß vertreten sein. Auch Turnerinnen sollen am Turntag teilnehmen. Die Bezirks- und Kreisfragebogen sind schweilens dem Gruppenleiter anzustellen.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend**Veranstaltungen für Mittwoch:**

Döbelig, Vortrag. — Röhrig-Zeitung. Vortrag über Reiseerlebnisse. — Löffelmann-Kochbücher. Blauen. Mitgliederversammlung. — Cotta-Verlag. Röhrig. Niederabend. — Oberer Blauenauer Str. und Diskussionsabend; anschließend an den Vortrag: Bürgerliche und proletarische Jugendbewegung. — Gitterseit. Diskussionsabend. — Pieschen. Vortrag von Mor Menzer: Das Kulturgut. — Tharandt. Vortrag von Herm. Herzfeld. — Altdörfchenbroda. Vortrag von Paul Barthel: Weltverträge. — Coswig-Röhrig. Vortrag: Charakterbildung. Pünktlich 8½ Uhr.

Veranstaltungen für Donnerstag:

Johannstadt. Vortrag von Otto Kühl: Warenwirtschaft und Kapital. — Neustadt. Wiederelektionsversammlung. Mitgliedschaft mitbringen. — Mildenau. 8. Gruppe. Vortrag von Paul Mittan: Unter Kampf gegen die Schundliteratur. Noch rege Beteiligung ist erwünscht. Dafür ist Mittwoch keine Veranstaltung. — Radebeul. Diskussionsabend über die Weihnachtsfeier. Anschließend Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen für Freitag:

Altstadt. Niederabend; Leiter: Paul Küttau. — Triesten. Literarisches Abend. — Coswig-Zeitung. Blauen. Gemeinsame Versammlung. — Magdeburg-Hellebau. Vortrag. — Röhrig. Beide und Niederabend. — Reichenberg. Vesperabend. Erntete und heitere Erzählungen gelangen zur Vorleistung.

Vereinstafender für Mittwoch:

Vereinstafender für Mittwoch. Abends 8½ Uhr Jahres-Versammlung im Gastronomie Deutsches Haus, Großenhainer Straße 100.

Bericht über den Schlachtwiechmarkt am 17. Januar 1916 zu Dresden.

Schlachtwiech- haltung und Rüttieb	Wertklassen	Marktpreis für 100 kg Lebend- jährig. Gewicht	
I. Rinder A. Ochsen 270	1. Röflleidige, ausgemästete jährl. Schlachtwiechtes bis zu jede Kalben 2. Junge Röflleidige, nicht ausgemästete ältere ausgemästete 3. Röflleidige junger — gut ge- nährte ältere 4. Röflleidige jeden Alters Röflleidige, ausgewachs. höflich.	20. 30-35 156-170 75-81 143-147 50-63 121-125 43-48 104-116	
B. Küllen 338	1. Röflleidige, ausgemästete Küllen Röflleidige, ausgewachs. Küllen 2. Röflleidige jüngere Küllen 3. Küllen genährt jüngere und gut genährte ältere 4. Küllen genährt Küllen Küllen	83-87 184-189 66-78 115-123 40-54 101-107 — —	
C. Kalben u. Kühe 384	1. Röflleidige, ausgemästete Küllen höchsten Schlachtwertes 2. Röflleidige, ausgemästete Külle höchsten Schlachtwertes bis zu sieben Jahren 3. Küller ausgemästete Külle und gut entwickelte jüngere Külle und Küllen 4. Küll genährte Külle und möglich ge- nährte Küllen 5. Küll und gering genährte Külle und gering genährte Küllen	100-105 150-154 85-91 150-154 36-46 113-124 45-50 98-110 35-43 91-98	
D. Kreiser	1. Küller 306	1. Toppellender 2. Kleine Küll und Gangkalber 3. Mittlere Küll- u. gute Gangkalber 4. Geringe Kalber	110-120 145-155 97-100 147-150 88-92 138-142 77-82 127-132
III. Küllchen 409	1. Küllkümmel u. jüng. Küllkümmel 2. Mittlere Küllkümmel 3. Küll genährte Kümmel und Schafe (Kürgelalte)	90-95 180-190 90-95 165-176 — —	
IV. Schweine 189	Höchstpreise.	— —	

Davon 130 Pfund für helle Rücken eingeholt.

Gehauptauctriebe: 2283 Tiere. Bei 1 bis 111 Ausnahmepreise über Röflleidige. Geschäftsgang: In Küldern, Külbbern und Schalen gut, in Schneinen leicht. — Niederland: 1 Stück.

Inventur-Ausverkauf!**Haushalt-Angebote**

Kaffee-Service, steilig. Blumendekor	2.25
Satz Töpfe, Blumendekor	1.15
Dejeuners, steilig, dekoriert, mit Dosen	1.15
Kaffeekannen, Porzellan, weiß, f. 6 Personen	65,-
Zuckerdosen, weiß	15,-
Zuckerdosen, Porzellan, bunt	25,-
Gemüsetonnen m. Aufschr. z. Aussuch. Stück	28,-
Gewürztonnen, bunt	75,-
Salz- oder Mehlmessen, bunt	48,-

Emaillewaren

wie Töpfe, Kessel, Pfannen, Kaffeekannen, Siebe usw., nur brauchbare Waren	60
--	----

Schmortöpfe, 22 cm, f. Qualität	1.10
Maschinentöpfe, 22 cm, f. Qualität	1.10
Satz Maschinentöpfe, 10, 12, 14 cm 3 Stück	1.15
Wassereimer, grau oder neublau	1.20
Klosettburstenhalter mit Bürste und Napf	1.25
Gaszyylinder	85,-
Zylinder für Petroleum, 6", 8" od. 10", 1 Dutzd.	50,-
Bratenpfannen, Emaille, 30 cm lang	95,-

Ein Posten Glasvasen

geschliffen	45,-
-----------------------	------

HERZFIELD

Dresden am Altmarkt

Lebensmittel-Preise

Salzheringe St. 35, 27, 23,-	Frankfurter Würstchen Paar 50,-
Sprotten 1/4 Pfd. 25,- Pf. 95,-	Regensburger Paar 32,-
Fleischsalat 1/4 Pfd. 45,- Pf. 1.70	Blutwurst, hausschl., Pf. 2.00 u. 1/4 Pf. 55,-
ff. Fleischkonserven D. 88,- Pf. 88,-	Leberwurst, hausschl., Pf. 55,-
Anchovis-Paste gr. Tube 65,-	Büchsenfleisch, Pf. 1.00 u. 1/4 Pf. 50,-
Rollmops in Brotende Dose 1.75,-	

Estèphe
ein vorzüglicher roter Tischwein
1/2 Fl. bei 10/- Fl. bei 9/- Fl.
1.15 1.12 1.08

Wellensteiner
ein vorzüglicher weißer Tischwein
1/2 Fl. bei 10/- Fl. bei 9/- Fl.
92,- 88,- 84,-

Rindskopf . . . Pfund 50,-	Flecke . . . Pfund 50,-
Leber . . . Pfund 1.30	Lunge . . . Pfund 50,-
Herz . . . Pfund 1.20	Knochen . . . Pfund 25,-
Gulaschfleisch . . . Pfund 1.40	
Gewiegtes . . . Pfund 1.40	

Oelsardinen
H. Norwegische Dose mit Schlüssel ca. 200 Gramm 25 bis 30 Fische einzeln bei 10 Dos. bei 100 Dos.
78,- 75,- 72,-

Fleischbrüh-Zusatzwürfel
60 St. im Kart. u. eine Erbsuppe oder 60 St. Pfund
95,- 15,-

Hesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks-Zeitung!

Reichstag.

Montag, den 17. Januar 1916, vormittoßg 11 Uhr.
am Sonntagsabend: Bündel.

Es werden zunächst weitere Resolutionen der Kommission zu Reichshaushaltssachen betreffend sozialpolitische, wirtschaftliche und ähnliche Fragen verhandelt.

Abg. Schöpflin (Soz.):

Schon in der Kommission ist betont worden, welche große Bedeutung einer wohlwollenden Beurteilung der Urlaubsvorfrage hat. Wir haben zu, daß diese Frage im Kriege sehr schwer zu sein ist. Aber es sollte doch auf keinen Fall vorkommen, daß ein einziger Jahr lang Urlaub nicht gewährt wird, was tatsächlich in der Nähe von vielen geschehen ist. Aus vielen mit zugegangenen Sagen scheint vorzugehen, daß bei verschiedenen Truppenarten in dem Moment eine Verhinderung der Urlaubsgewährung geplant wurde, als der Reichstag die Freigabe der Urlauber gestattete. Der Reichstag wollte natürlich mit seinem Besuch das Gegenteil erreichen. Ich bitte die Obersteuerverwaltung in Zukunft, wie sie über diese Frage denkt. Ferner wird auch erfordert, in der Heimat vielfach jährlich nur einmal Urlaub in Rechnung gestellt zu werden. Wenn diese zweimalige Gewährung eines Urlaubes für die Truppen in der Front nochstetlos eine Verbesserung ist, so bedeutet die Bejurteilung auf einen nur zweimaligen Urlaub mit Freifahrt für die verbleibenden Leute in der Heimat nicht ganz ungerechtfertigte Härte. Höchstens könnte man sich darüber einfinden, daß den sogenannten Sonntagsauflaufen nicht mehr Freifahrt gewährt wird, obwohl auch diese Forderung prinzipiell zu erheben ist. Ganz beherrschende Wichtigkeit hat es verstreut, daß die alte militärische Unitt, wegen Vergehen einer Truppenteile Urlaub zu versagen, auch in der Zeit des Krieges im Felde weiter bestehen sollt. Das ist eine unbillige Härte, die vorzordne Strafen im Felde sehr verbitternd wirken muß. (Sehr richtig!) Bei richtiger Beurteilung der Sozialdemokraten. Anfang von einer solchen Urlaubsgewährung bei den Offizieren doch keine Rede ist. Es wird mit in einer ganzen Anzahl von Fällen berichtet, daß es des Erfolges des Kriegsministers noch immer die Auszahlung eines Belegsungsgeldes für Urlaubstage verweigert werden ist. Ich bitte den Kriegsminister, die Urlaubstage in Zukunft wohlhabender zu behandeln, als das erfundene jetzt geschieht.

In der Beurteilung der Truppen muß sehr sorgfältig vorgehen werden, wir dürfen nicht vergessen, daß unter den Truppen viele Leute sind, die seit Jahren nicht mehr an das Essen in der Kaserne gewohnt sind. Die Mannschaften eines immobilen Verbändes unterstehen nicht der russischen Gefangen. Es kommen auch fortgeschrittenen Altertum und improvisierten Kästen. Teilweise liegt das sicher an der Teuerung, teilweise aber scheint es, daß manche Kästenmänner sich einen Extraprofit verschaffen wollen und es ist eine strenge Kontrolle nötig, damit die Soldaten, die doch auf die Kästen angewiesen sind, nicht geschädigt werden. Auch darüber wird gefragt, daß so manche der Kästenkasse sich verständigt, ehe sie an ihren Dienstort kommt. Wenn der Schulden in einem solchen Falle noch gejagt wird, so muß er rücksichtslos am Arbeiten gepackt werden.

Die deutschen Lazarette sind durchweg gut eingerichtet und verschieden mit Vergangen beschrieben, aber die Bevölkerung ist nicht immer so wie sie sein sollte, und doch Aufrufe an die Bevölkerung, um die Lazarette, Rettungsmittel für die Lazarette zu spenden, um die entsprechende Rolle der Vermögen aufzubessern. (Hört! hört! den Sozialdemokraten.) Auch der Ausgang der Lazaretten sollte nicht so erwartet werden, wie es manchmal geschieht. Für die Tüchtigkeit der Lazarette ist die große Zahl der Gebeine ein Beweis. Das sollte dem Herren aber genügen und sie sollten nicht danach gelangen, auch noch den schmeichelnden militärischen Angestalten herauszuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine weitere Klage ist, daß die von den Lazaretten für kurze und längere erklärte noch monatelang in der Kaserne zurückzuhalten werden. Das liegt wieder im Interesse unserer Volksarmee, weil noch in dem der Militärverwaltung. Auch über die Beleidigungen liegen klagen vor, und dort wird zweitens auffallen. In bedenklicher Weise haben sich auch die Klagen über unzureichende Behandlung der Leute gemacht. Leute, die schon lange im Felde waren, werden dort in ihrer Abreise mit der Ordnung von Ehrenbezeugungen geziert. Schlimmer noch sind die Lügen aus den Garnisonen. Mit kleinen Kleinlichkeiten die Leute willt werden, zeigt z. B. ein Garnisonsbefehl aus Karlsruhe, wonach die Mannschaften und Unteroffiziere der der Ehrenbezeugung der Bürgerlichen zu unterstellen haben, in Thurn ist ihnen überworfenes auf den Bürgerlichen zu stehen. Verboten ist das einfach in den Arm von Regierungsräumen, unzinsig ist auch das Aufenthaltsrecht in bestimmten Straßen Berlins. Das heißt immer noch, daß der Kommandant von Köln hat mit Vorlieben über die Hauptquartier zwei vollgestopfte Seiten angefüllt, er regt sich darüber auf, daß bei der Ehrenbezeugung der Dämonen und der Feinde nicht ja nicht zu sehr gespielt werden. (Große Heiterkeit.) In einer anderen Stelle sagt er: Jeder Soldat ist verpflichtet, den Vorgesetzten zu loben (Heiterkeit), und droht Strafe für den Fall, wenn er nicht lobt. Das ist der Gerechtigkeit willen nur ich aber doch müßig, daß im Ausland die Mannschaften ganz ähnlich gehandelt werden, wie wie aus Angaben in der "Humanität" erfahren. Zudem sollte jede Kommandantur befiehlt, die höchstens nur bei der Anwesenheit und den Mannschaften eingerichtet, unterließen, bestimmt zu werden, daß man das Ausbildungsberecht darum aufzunehmen, daß die älteren ausgebildeten Leute nicht mehr so sind und schwächer sind, wie die jungen; wenn sie nach zwei bis drei Monaten Ausbildung und Übung, sollen sie nicht bittere Erinnerungen über unzureichende Behandlung mitnehmen. Es muss alles getan werden, um der unzureichenden Behandlung in den Garnisonen entgegenzutreten.

Auf die sonst von der Kommission beschlossenen Resolutionen ist im einzelnen nicht eingehen, ich will nur das eine besonders sagen, daß alles geschehen muss, um den Verbündeten und den Verbündeten von Gefallenen das zu geben, was wir ihnen schuldig sind. (Werfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. von Gaffar (nach): Nach meinen Erfahrungen sind die Parteien des Roten Kreuzes häufig sehr langsam gegangen. Auch wenn die Liebesgaben praktischer durch die Erfolgskompanie an kleinere Truppenteile befördert. Nach meiner Erfahrung gibt es die militärische Hilfskasse keine Ausnahmen. Nur dadurch, daß die Disziplin auf die Spalte gebracht werden ist, haben wir den Krieg im Heere, mit dem wir diesen Krieg gewannen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Beurteilungen von Seiten, die im Wirtschaftlichen daseins gebraucht werden, sollten nicht als möglich erfolgen. Bei den Kästen müssen die Offiziere für sorgen, daß sie nicht zu "Kriegerkästen" werden. Der Kriegsminister findet mir großen Dank fürstig. Die Rot und der Ernst steht für unser Volk eine wunderbare Leute gewesen.

Abg. Dr. Haas (Sp.): Nach meinen Erfahrungen muß ich sagen: Es ist eine kleine höhere Kultur im Felde gefunden als die Leute. Das können wir mit freudigem Stolz sagen. Beurteilung der Verbündeten und das Aufstellen unserer Kriegerdenkmäler. Dadurch, daß Angehörige aller Parteien draußen gehen, ist ein besseres Verhältnis zwischen den Parteien im Felde hergestellt. Die Männer aus dem Schülengenossen werden auch ihre Rüder in den politischen Parteien dafür sorgen, daß

dieser Gedanke der Verständigung und des gegenseitigen Einverstehens immer mehr Raum findet. Der Krieg hat weiter gezeigt, daß von einer Defektion des deutschen Volkes keine Freiheit kommt. Das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergaben an der Front ist ein vorzüliches. Die Fragen der Behandlung der Unteroffiziere sind leichter zu lösen. Auch wenn die Sozialdemokraten alle Kompanieführer bestimmen würden, würde es gute und schlechte Kompanieführer geben. (Sehr richtig und Heiterkeit.) Das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergaben bei den Erfolgskompanien ist leider nicht so gut. Da kommen Klagen über Misshandlungen an uns. (Sehr wahr!) Auf die älteren verhältnisvollen Leute muß bei der Ausbildung mehr Rücksicht genommen werden. (Sehr richtig!) Der Geist der Frömmigkeit muß im Heere erhalten bleiben. Fröhlich können die Leute aber nur sein, wenn sie gut behandelt werden (Brauval). Im allgemeinen ist jeder, der unser Armeen kennen gelernt hat, erfüllt von einem hohen Optimismus. Diese Leute erkämpfen uns den Frieden, den wir brauchen, einen Frieden, der zugleich ist der Sieg der europäischen Kultur. (Brauval b. d. Sp.)

Abg. Rode (S.): Gestern bei den Erfolgskompanien Schimpfer vorkommen. In allen Chargen wird auf angemessene Behandlung gezwungen und die Ausbildung ist lediglich eine für den Krieg nicht für unschädliches Eigentum. Kleine Verfehlungen an der Front sollten nicht mit dauernder Urlaubseinschränkung geahndet werden. Leider unangreiche Behandlung Untergabener durch Vorgesetzte verunsicherter wirkt auf das Schätzle. Auch das Kriegsministerium geht mit allem Nachdruck gegen solche Fälle vor.

Stellvertretender Kriegsminister v. Bodel: Wenn dem Kriegsministerium in der Debatte vorgeworfen ist, es sende zuviel Verfügungen an die Front, so ist davon auch der Reichstag nicht ganz unzufrieden. (Heiterkeit.) Nach einem Erlass vom 22. Oktober vorigen Jahres soll momentan den Leuten, die die Zeitungen des Krieges im Felde waren, Urlaub gewährt werden. Dabei soll vor der Einholung bürgerlicher Bezeugung über die Notwendigkeit des Urlaubes nach Möglichkeit abgesehen werden. Seitens des Kriegsministeriums wird nichts versäumt werden, um im Sinne des erwähnten Erlasses nach wie vor einzutreten. In jedem Truppenteil besteht ein Ausschuß von Unteroffizieren und Gemeinen, der dazu berufen ist, über Klagen in bezug auf die Verpflegung dem Kommandeur vorzulegen.

Die Behandlung der Mannschaften kann nur allgemein erörter werden, denn jedes Wort, das hier darüber gesprochen wird, kann bei der gewöhnlichen Einstellung im Ausland zu einer Gefahr werden. So hat der Standard einen Bericht über verdeckte Verhandlungen des Reichshaushaltswesens unter den Überlebenden gebracht: "Wiederholungen deutscher Soldaten, Grausamkeiten deutscher Offiziere" usw. Es wird da geschildert, wie eine Anzahl Abgeordneter der sozialdemokratischen Partei eine große Menge von Misshandlungen vorgebracht hatten. Was damals in der Kommission erörtert worden ist, wird hier in ganz unerhörter Weise mit Lügen und Überbelügungen und durch gar nicht dort zur Sprache gebrachte Fälle erweitert und verschärft. Es müssen also solche Tings mit äußerster Vorsicht behandelt werden. (Bewilligung.) Im Felde besteht ein solches Maß von gegenstelligen Vertrauen zwischen Vorgesetzten und Untergabener, daß eine vorbehaltlose Behandlung dort als ausgeschlossen gelten kann. Im Gegensatz dazu in der Heimat schwere Fälle von vorschriftwidriger Behandlung vorgekommen sind — und das lädt gar nicht nach dem, was wir wissen, nicht leugnen —, so sind ja die Gründe, daß das, ich will nicht sagen entstünden, aber erklären, hier erörtert werden. Bei den unzähligen Menschen, den verschiedenen Charakteren, dem schwierigen Dienst können Neubungen und Unzufriedenheiten selbstverständlich vorkommen. Wir sind überzeugt, daß die Einwirkungen der Vorgesetzten, verbunden mit rücksichtloser Strenge gegen diejenigen, die für dieser Einwirkung auf die Vorgesetzten verantwortlich sind, die Mannschaften nach wie vor nicht so behandeln, wie es sein soll, zum Gute führen werden. Die Militärverwaltung hat den festen Willen, diese Regel auszurichten und tut alles, was möglich ist, gegen Vorgesetzte, die Untergabene in einer Weise behandeln, die dem guten Ruf des deutschen Heeres nicht schaden kann. — Die vom Abgeordneten Schäfflin kritisierten Kommandanturbefehle dienen der Disziplin, die sich auch in dem Benehmen der Soldaten auf der Straße zeigen muß. (Brauval rechts.)

Abg. Vogt-Hall (Wirtsh. Sp.): Schließt sich in bezug auf Urlaubsbemüßigung den Wünschen des Vorendner an. Um ganzen Klagen über die Zustände in unserem Heerweisen zu berichtigten. Abg. Davidsohn (Soz.):

Das Wichtigste für den Soldaten, wichtiger als die Verpflegung und sonstige Kompetenzen, ist der Urlaub. Für die in der Heimat befindlichen Mannschaften könnte man die Frage mit der der Hebergäste zusammenfassen; ich bin in der Lage, eine einzige Kompanie mit 38 Unteroffizieren, eine einzige Infanteriebatterie mit 65 Unteroffizieren nachholen zu machen. Bei der Urlauberteilung für die Leute an der Front ist an dem guten Willen des Ministers und seiner Untergabener nicht zu zweifeln; daß hilft aber nicht über die Tatsache hinweg, daß noch gehausende lebende Soldaten nunmehr schon 18 Monate im Felde stehen, ohne jemals Urlaub gehabt zu haben. Das muß die Dienstfreitagszeit sehr erheblich beeinflussen. Herr Rode ruhige unsere Armee als die der höchsten erreichten militärischen Kultur. So soll man den Leuten auch Gelegenheit geben, Familienvater zu bezeichnen. (Sehr wahr!) Wenn sie nach zwei bis drei Monaten Ausbildung und Übung, sollen sie nicht bittere Erinnerungen über unzureichende Behandlung mitnehmen. Es muss alles getan werden, um der unzureichenden Behandlung in den Garnisonen entgegenzutreten.

Das ist die Frage der Disziplin anlangt, so haben ja die Vorgesetzten wirklich gegen die Mannschaften, die der Hebergäste nicht mehr so sind und schwächer sind, wie die jungen; wenn sie nach zwei bis drei Monaten Ausbildung und Übung, sollen sie nicht bittere Erinnerungen über unzureichende Behandlung mitnehmen.

Abg. Dr. Reumann-Döfer (Sp.): Herr Liebknecht gestellt worden ist, daß Ihnen nicht zu helfen ist. (Gruß rechts: Von der Partei!) Das ist nicht meine Meinung nicht! Wenn hat mich nicht zu Anfragen kommen lassen. (Präsident Raempf: Ich bitte Sie genau an die Geschäftsförderung zu halten.) Dann hat mir bereits früher einmal das Wort zur Geschäftsförderung nicht gegeben. Nun hat es mir schriftlich abgedankt, und heute hat mit der Präsident nicht einmal das Wort zur Geschäftsförderung erlegt.

Präsident Raempf: Eine Kritik kann ich nicht geben. Ich habe die Rechte, das Wort zur Geschäftsförderung zu geben, wenn ich will; daraus kann ich absolut nicht rütteln. (Brauval rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht: Sie (nach rechts) haben sich damit beschäftigt!

Präsident Raempf: Derartige Angriffe gehören nicht in eine Rede zur Geschäftsförderung. Wenn Sie sich nicht an die Geschäftsförderung halten, kann ich Ihnen das Wort nicht weiter lassen.

Abg. Dr. Liebknecht: Der Abg. Reumann-Döfer hat buntfarbige Anmerkungen gemacht über den Grund, der zum Beendigung des Hauses geführt hat. Ich kann mir ja die Gründe denken. Das ist die böse Gewissens (Brauval rechts) —

Präsident Raempf: Ich rate Sie zur Ordnung. Sie bleiben zur Geschäftsförderung nicht weiterreden. (Brauval rechts.)

Abg. Liebknecht: Herrn Reumann-Döfer erwidere ich: Wenn jeder nur das Wort zur Geschäftsförderung nehmen würde, um sich mit der Rechtheit zu verbindigen, dann könnte die Rücksicht überwunden werden. (Brauval rechts: Von der Partei!) Das ist nicht meine Meinung nicht! Wenn hat mich nicht zu Anfragen kommen lassen. (Präsident Raempf: Ich bitte Sie genau an die Geschäftsförderung zu halten.) Dann hat mir bereits früher einmal das Wort zur Geschäftsförderung nicht gegeben. Nun hat es mir schriftlich abgedankt, und heute hat mit der Präsident nicht einmal das Wort zur Geschäftsförderung erlegt.

Präsidient Raempf: Eine Kritik kann ich nicht geben. Ich habe die Rechte, das Wort zur Geschäftsförderung zu geben, wenn ich will; daraus kann ich absolut nicht rütteln. (Brauval rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht: Sie (nach rechts) haben sich damit beschäftigt!

Präsident Raempf: Herrn Reumann-Döfer erwidere ich: Wenn Sie sich nicht an die Geschäftsförderung halten, kann ich Ihnen das Wort nicht weiter lassen.

Abg. Dr. Liebknecht: Der Abg. Reumann-Döfer hat buntfarbige Anmerkungen gemacht über den Grund, der zum Beendigung des Hauses geführt hat. Ich kann mir ja die Gründe denken. Das ist die böse Gewissens (Brauval rechts) —

Präsident Raempf: Ich rate Sie zur Ordnung. Sie bleiben zur Geschäftsförderung nicht weiterreden. (Brauval rechts.)

Abg. Liebknecht: Herrn Reumann-Döfer erwidere ich: Wenn jeder nur das Wort zur Geschäftsförderung nehmen würde, um sich mit der Rechtheit zu verbindigen, dann könnte die Rücksicht überwunden werden. (Brauval rechts: Von der Partei!) Das ist nicht meine Meinung nicht! Wenn hat mich nicht zu Anfragen kommen lassen. (Präsident Raempf: Ich bitte Sie genau an die Geschäftsförderung zu halten.) Dann hat mir bereits früher einmal das Wort zur Geschäftsförderung nicht gegeben. Nun hat es mir schriftlich abgedankt, und heute hat mit der Präsident nicht einmal das Wort zur Geschäftsförderung erlegt.

Präsidient Raempf: Eine Kritik kann ich nicht geben. Ich habe die Rechte, das Wort zur Geschäftsförderung zu geben, wenn ich will; daraus kann ich absolut nicht rütteln. (Brauval rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht: Sie (nach rechts) haben sich damit beschäftigt!

Präsidient Raempf: Herrn Reumann-Döfer erwidere ich: Wenn Sie sich nicht an die Geschäftsförderung halten, kann ich Ihnen das Wort nicht weiter lassen.

Abg. Dr. Liebknecht: Der Abg. Reumann-Döfer hat buntfarbige Anmerkungen gemacht über den Grund, der zum Beendigung des Hauses geführt hat. Ich kann mir ja die Gründe denken. Das ist die böse Gewissens (Brauval rechts) —

Präsidient Raempf: Ich rate Sie zur Ordnung. Sie bleiben zur Geschäftsförderung nicht weiterreden. (Brauval rechts.)

Abg. Liebknecht: Herrn Reumann-Döfer erwidere ich: Wenn jeder nur das Wort zur Geschäftsförderung nehmen würde, um sich mit der Rechtheit zu verbindigen, dann könnte die Rücksicht überwunden werden. (Brauval rechts: Von der Partei!) Das ist nicht meine Meinung nicht! Wenn hat mich nicht zu Anfragen kommen lassen. (Präsident Raempf: Ich bitte Sie genau an die Geschäftsförderung zu halten.) Dann hat mir bereits früher einmal das Wort zur Geschäftsförderung nicht gegeben. Nun hat es mir schriftlich abgedankt, und heute hat mit der Präsident nicht einmal das Wort zur Geschäftsförderung erlegt.

Präsidient Raempf: Eine Kritik kann ich nicht geben. Ich habe die Rechte, das Wort zur Geschäftsförderung zu geben, wenn ich will; daraus kann ich absolut nicht rütteln. (Brauval rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht: Sie (nach rechts) haben sich damit beschäftigt!

Präsidient Raempf: Herrn Reumann-Döfer erwidere ich: Wenn Sie sich nicht an die Geschäftsförderung halten, kann ich Ihnen das Wort nicht weiter lassen.

Abg. Dr. Liebknecht: Der Abg. Reumann-Döfer hat buntfarbige Anmerkungen gemacht über den Grund, der zum Beendigung des Hauses geführt hat. Ich kann mir ja die Gründe denken. Das ist die böse Gewissens (Brauval rechts) —

Präsidient Raempf: Ich rate Sie zur Ordnung. Sie bleiben zur Geschäftsförderung nicht weiterreden. (Brauval rechts.)

Abg. Liebknecht: Herrn Reumann-Döfer erwidere ich: Wenn jeder nur das Wort zur Geschäftsförderung nehmen würde, um sich mit der Rechtheit zu verbindigen, dann könnte die Rücksicht überwunden werden. (Brauval rechts: Von der Partei!) Das ist nicht meine Meinung nicht! Wenn hat mich nicht zu Anfragen kommen lassen. (Präsident Raempf: Ich bitte Sie genau an die Geschäftsförderung zu halten.) Dann hat mir bereits früher einmal das Wort zur Geschäftsförderung nicht gegeben. Nun hat es mir schriftlich abgedankt, und heute hat mit der Präsident nicht einmal das Wort zur Geschäftsförderung erlegt.

Präsidient Raempf: Eine Kritik kann ich nicht geben. Ich habe die Rechte, das Wort zur Geschäftsförderung zu geben, wenn ich will; daraus kann ich absolut nicht rütteln. (Brauval rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht: Sie (nach rechts) haben sich damit beschäftigt!

Präsidient Raempf: Herrn Reumann-Döfer erwidere ich: Wenn Sie sich nicht an die Geschäftsförderung halten, kann ich Ihnen das Wort nicht weiter lassen.

Abg. Dr. Liebknecht: Der Abg. Reumann-Döfer hat buntfarbige Anmerkungen gemacht über den Grund, der zum Beendigung des Hauses geführt hat. Ich kann mir ja die Gründe denken. Das ist die böse Gewissens (Brauval rechts) —

Präsidient Raempf: Ich rate Sie zur Ordnung. Sie bleiben zur Geschäftsförderung nicht weiterreden. (Brauval rechts.)

Abg. Liebknecht: Herrn Reumann-Döfer erwidere ich: Wenn jeder nur das Wort zur Geschäftsförderung nehmen würde, um sich mit der Rechtheit zu verbindigen, dann könnte die Rücksicht überwunden werden. (Brauval rechts: Von der Partei!) Das ist nicht meine Meinung nicht! Wenn hat mich nicht zu Anfragen kommen lassen. (Präsident Raempf: Ich bitte Sie genau an die Geschäftsförderung zu halten.) Dann hat mir bereits früher einmal das Wort zur Geschäftsförderung nicht gegeben. Nun hat es mir schriftlich abgedankt, und heute hat mit der Präsident nicht einmal das Wort zur Geschäftsförderung erlegt.

